

# Gärtner-Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Organ des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz: Wien).

Mit illustrierter vierzehntags-Beläge „Gärtner-Fachblatt“.

**Inserate:**  
Die 44 mm breite Nonpareillezeile 30 Pfg. Alleinig Annahmestelle Josef Wichterich, Verlag, Leipzig, Bosestraße 6 (Fernsprecher: 2101) und Berlin-Neukölln, Spremberger Straße 9 (Fernsprecher: Amt Neukölln 1008).

**Erscheint**  
Jeden Sonnabend, jährl. 52 Nummern.  
**Preis vierteljährlich**  
3,90 Mark.  
**Abonnements durch**  
alle Postanstalten.

Redaktion und Expedition:  
Berlin S. 42, Luisen-Ufer 1.

Eigentümer und Herausgeber:  
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3728.

Redaktionsschluß:  
Jeden Dienstag Morgen.

**Inhaltsübersicht:** Zehn Jahre freigewerkschaftliche Gärtnerorganisation. — Der Gau Hamburg vor zehn Jahren. — Vor zehn Jahren im Rheinland. — Was der Westen berichtet. — Trotz alledem. — Aus unserm Berufe: Altenstadt; Stuttgart. — Ausland: Oesterreich; Der Glaube macht selig. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel — V. reinfeste.

**Beilage: Gärtner-Fachblatt Nr. 21:** Betrachtungen über Pflanzenzüchtung. — Die Dahlienausstellung in Breslau. — Phacelia (Büschelschön). — Die Quitte. — Versand der Taumschularartikel. Radioaktivität und die Vegetation. Kleine Mitteilungen: Ein paar wenig bekannte wintergrüne Sträucher: Salat- und Gemüsezuucht in Frankreich; Pflanz Obstbäume: Eine Obstbaumzählung; Behandlung von Pflanzen mit Blausäure; Künstliche Beschleunigung des Pflanzenwachstums; Vernichtet die Vogelnester im Herbst; Die Wissenschaft vom Blütenstaub; Neue Maschinen im Baumschulbetriebe; Ein eigenartiges Züchtungsverfahren. — Fragkasten.

## Zehn Jahre freigewerkschaftliche Gärtnerorganisation.

Ein Erinnerungsblatt

an die Urabstimmung des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins für den Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Am 1. Januar 1914 werden zehn Jahre verlossen sein, seit der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehört. In der Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1903 fand eine allgemeine Urabstimmung der Mitglieder statt, die für den Anschluß entscheidend wurde. Dieser Urabstimmung gilt es heute zu gedenken, denn sie war der Höhepunkt und der Abschluß einer Entwicklung, die einen größeren Zeitraum umfaßt als es der ist, der zwischen der Urabstimmung und heute liegt. Wollen wir aber die Bedeutung jener Urabstimmung als einen geschichtlichen Vorgang richtig und nach Gebühr werten und würdigen, dann müssen wir auch einen kurzen Rückblick auf die Zeit und die Verhältnisse werfen, die vor jener denkwürdigen Urabstimmung waren. Wir werden dazu auch aus dem Grunde genötigt, weil vonseiten gewisser Personen schon längere Zeit eine Legende in Umlauf gebracht ist, die die einschlägigen Vorgänge in wichtigen Punkten gefälscht und in schiefem und falschem Lichte dargestellt hat. Andererseits kann es der jetzt wirkenden Generation, die die damalige Zeit nicht selbst mit durchlebt hat, nur zum Nutzen gereichen, wenn ihr heute eine sachgemäße Kenntnis der Dinge und Vorgänge übermittelt wird, denn eine Kenntnis der treibenden Entwicklungskräfte der Vergangenheit lehrt nicht bloß die Gegenwart richtig verstehen und beurteilen, sondern sie liefert in vieler Hinsicht auch die Mittel zu Ausblicken in die Zukunft, und sie gibt dem Einzelnen und der Masse sichere Fingerzeige für eine gewerkschaftlich-organisatorisch mögliche Beeinflussung dieser Entwicklung zum Vorteil und zum Segen der lohnarbeitenden Schichten des Gärtnerberufes.

### 1. Was der Urabstimmung vorausgegangen ist.

Der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein ist am 22. August 1890 geboren und würde am andern Tage aus der Taufe gehoben. In Bonn a. Rh. hatte am Tage vorher und noch am gleichen Tage die letzte Verbands-Generalsammlung des paritätischen, Fachbildungs- und Geselligkeitszwecken dienenden „Deutschen Gärtner-Verbandes“ stattgefunden, der seine Auflösung beschließen mußte, weil er sowohl moralisch wie auch finanziell bankrott war. Die Teilnehmer dieser Tagung beriefen zum Abend des 22. August eine öffentliche Gärtnerversammlung ein und ließen durch diese die Gründung eines neuen Verbandes beschließen, der des andern Tages den Namen „Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein“ erhielt. Von welchen Bestrebungen die Gründungsversammlung und die Verbandsgründer besetzt waren, das sagen uns zu ein Teil die Schlußworte der ersten Geburtsrede, sie lauten: „Vereine haben den Zweck, tüchtige Prinzipale zu erziehen“. Und die nach dem zweiten Vortrage („Auf welcher Grundlage muß eine Gärtnervereinigung aufgebaut sein?“) beschlossene Resolution führt aus, es sei „für die Gärtnerjugend ein größere Vereinigung zu schaffen, in welcher neben der fachwissenschaftlichen Ausbildung die Lust und Liebe zum Beruf angeregt wird, damit die deutsche Gärtnerjugend der modernen Arbeiterbewegung ferngehalten werden kann.“ Die Leitung des neuen Verbandes wurde denselben Personen übertragen, die schon den alten Verband geführt hatten. In Wirklichkeit sollte das

zu schaffende Neue nur der Form nach etwas neues werden, sonst handelte es sich darum, den alten Geist in die neue Form hinüberzuretten. Seine Geschäftstätigkeit eröffnete der A. D. G. V. erst mit dem 1. Januar 1891. Bis dahin bemühte man sich, die wenigen dem alten Verbands bis zu seinem Ende treugebliebenen Vereine auf den neuen Verband überzuführen und die verloren gegangenen wiederzugewinnen. Nach halbjährigem Bestehen hatte man mit Mühe und Not 22 Vereine zusammengebracht, dazu eine Anzahl Einzelmitglieder. Der Gesamtmitgliederbestand des Jahresdurchschnitts 1891 war (nach den eingegangenen Beiträgen berechnet, andre verlässliche Nachweise gibt es bis 1903 leider nicht) 900. Im nächsten Jahre vermehrte sich diese um anderthalb Hundert, dann sank sie wieder 1893 auf 930, 1894: 720, 1895: 830, 1896: 920.

Man hatte im besonderen auf die Unterstützung der Arbeitgeber große Hoffnungen gesetzt und das zwar im Hinblick auf die im „Zentralverein der Gärtner“ vorhandene freigewerkschaftliche Konkurrenz. Man konnte sich garnicht genug tun in Denunziationen der „sozialdemokratischen Streikvereiner“ einerseits und in der Versicherung des eignen Wohlverhaltens und guter Gesinnung gegenüber den Arbeitgebern anderseits. Indessen waren die Werbungserfolge, wie obige Zahlen offenbaren, recht schwach. Die Arbeitgeber sahen es wohl ganz gern, daß der A. D. G. V. gegen die „Streikvereiner“ zufelde zog und die jungen Gehilfen gegen das „rote Gespenst“ gruselig machte, sonst aber waren es nur verhältnismäßig wenige Prinzipale, die ihre Gehilfen dazu anhielten, sich dem A. D. G. V. anzuschließen, und das Prozentverhältnis derjenigen Prinzipale, die persönlich die Mitgliedschaft beim A. D. G. V. erwarben, wurde auch kein größeres, als es schon im alten Verbands gewesen war. Die große Masse der Gehilfenchaft wiederum (mit Einschluß der Privatgärtner) stand dem neuen Unternehmen mißtrauisch oder gleichgültig gegenüber, sie zog es vor, in den lokalen sogen. Fachbildungsvereinen sich zu tummeln oder dem Vereinsleben überhaupt fernzubleiben.

Um 1894 und 1895 hatte das gärtnerische Vereinsleben einen gradezu tröstlosen Tiefstand erreicht. Der „Zentralverein der Gärtner“, der nach einem vorübergehenden, anfangs vielversprechenden Aufschwung (er zählte schon in seinem Gründungsjahr 1889 rund 1200 Mitgl.) dauernd zurückgegangen war (1892: 986, 1893: 732, 1894: 400, 1895: 300 Mitgl.), stand vor der Gefahr, wegen des Mitgliederchwundes seine Tätigkeit einstellen zu müssen, und der A. D. G. V., der ja auch nur Stillstand zu verzeichnen hatte, war mit seinen 700 bis 800 Mitgliedern am Rande des finanziellen Ruins. Viele, die ehemals schon die Streikbewegungen 1890 mitgemacht hatten oder die sonst sich zu der durch den Zentralverein vertretenen geistigen Richtung rechneten, waren wieder in lokalen Fachbildungsvereinen untergetaucht, oder sie hatten sich sonst gänzlich vom Vereinsleben zurückgezogen, weil sie sich ihrer früheren Tätigkeit wegen gebrandmarkt und geächtet fühlten und weil sie keine Möglichkeit sahen, die begonnene Bewegung überhaupt fortzuführen. In dieser Zeit tauchte nun der Gedanke auf, den Versuch zu machen, die streitenden Parteien im Gehilfenlager einander näher zu bringen und sie womöglich miteinander zu vereinigen. Ehemalige Zentralvereiner waren es, die diesem Gedanken Form und Gestalt zu geben suchten, an ihrer Spitze der Obergehilfe in der Baumschulabteilung der Stadtgärtnerei Hannover, Carl Rethwisch. Nach Überwindung von mancherlei Schwierigkeiten kam es zur Einberufung eines „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Tages“, am 1. und 2. August 1896 in Erfurt. Vertreten waren hier durch 36 Abgeordnete 40 Ortsvereine (die Zwischvereine und Zahlstellen der beiden Verbände ebenfalls als Ortsvereine gerechnet) mit

zusammen 1541 Mitgliedern, und zwar war jede der drei Gruppen — nämlich: Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein, Zentralverein der Gärtner und lokale Fachbildungsvereine, letztere unter Führung der einberufenden Vereine Hannover, Magdeburg, Göttingen — in etwa gleicher Stärke beteiligt. Man einigte sich hier nun in der Tat zu Beschlüssen, nach welchen es allen Vereinen ermöglicht werden sollte, sich zu einer gemeinsamen Organisation zusammenzuschließen, die den Namen „Deutsche Gärtnervereinigung“ erhalten sollte. Es wurde dabei angenommen, daß die vierzehn Tage später in Nürnberg tagende Generalversammlung des A. D. G. V. diese Beschlüsse zu den ihrigen machen werde, wonach dann der A. D. G. V., mit dem erwähnten neuen Namen, die Grundlage für den Zusammenschluß abgeben hätte. In dieser Hinsicht erlebte man jedoch insofern eine Enttäuschung, als der A. D. G. V. ablehnte, erstens den ungelerten Berufskollegen die Verbandsmitgliedschaft zu gestatten, und zweitens den neuen Namen zu übernehmen. Das hatte zur Folge, daß der Zentralverein nunmehr dem Zusammenschluß fernblieb und seinerseits im Februar 1897 den neuen Namen „Deutsche Gärtnervereinigung“ übernahm. Die unter Rethwisch' Führung stehenden Lokalvereine waren auch verstimmt, besonders Hannover und Magdeburg; taktische Erwägungen führten dann aber dazu, daß Hannover und Magdeburg als erste das Beispiel dazu gaben, und die Mehrzahl sich nunmehr dem A. D. G. V. anschloß. Nunmehr setzt im A. D. G. V. eine neue Entwicklung ein.

Schon das nächste Jahr, 1897, zeigt eine Jahresdurchschnitts-Mitgliederzahl von 1450, und 1898 sind es 1870 (immer nach den einkommenden vollen Jahresbeiträgen berechnet; sonst waren die Zahlen größer). Durch den Gärtnerstag und den neuen Mitgliederzuwachs, der im besonderen radikalere Elemente brachte, durch die wiederum auch andre Mitglieder radikalisiert wurden, bekam der A. D. G. V. ein andres Gepräge und einen andern Charakter: die Gehilfenfragen drängten sich mehr hervor. Es entstanden zugleich aber auch Parteien: auf der einen Seite stand die ältere Richtung von der Gründungsversammlung her, auf der andern die neue, die sogenannte „wirtschaftliche Richtung“. Schon auf der nächsten Generalversammlung, im August 1898 (Leipzig), platzten die Parteien aufeinander, und es kam zugleich zu einer Art Entscheidungskampf zwischen ihnen. Die „wirtschaftliche Richtung“ hatte für sich bereits derart die Sympathien der größeren Masse erworben, daß ihre führenden Männer bei der Abgeordnetenwahl (diese war eine allgemeine Urwahl; jedes Mitglied hatte auf dem Wahlzettel 25 Namen zu unterstreichen) die Höchststimmenzahlen mit erhielten; diese Richtung verfügte außerdem auch über die Mehrzahl der Abgeordneten. Ein Vorgefecht gab es in einer der Generalversammlungen vorausgegangenen öffentlichen Versammlung in Leipzig. Die wirtschaftliche Richtung war hier und auf der Generalversammlung der angreifende Teil, die andre befand sich in Abwehrstellung. Die Wortgefechte auf der Generalversammlung ergaben, daß, wenn der in der Mehrzahl sich befindende Angreifer sein zahlenmäßiges Übergewicht rücksichtslos zur Geltung gebracht haben würde, als Folge eine neue Zersplitterung eingetreten wäre. Da man sich auf der radikalen Seite seiner Anhängerschaft noch keineswegs unbedingt sicher war, wäre aus dieser Trennung wahrscheinlich die alte Richtung als die stärkere hervorgegangen. Die Klugheit gebot also eine Vereinbarung auf der mittleren Linie. Es wurde u. a. beschlossen, daß die Zeitung künftighin den Fachbildungs- und fachwirtschaftlichen Fragen die gleiche Berücksichtigung solle zuteil werden lassen. Und dem ehrenamtlich-tätigen Verbands-Geschäftsführer, ein Mann der „alten“ Richtung, der zugleich den Charakter eines Verbandsvorsitzenden erhielt, wurde als Gegengewicht ein Mann der neuen, der „wirtschaftlichen“ Richtung zur Seite gestellt, der die Redaktion der Zeitung übertragen erhielt.

Außerlich war jetzt der Riß im Verbands überkleistert. Aber die alte Richtung fühlte doch, daß sie ins Hintertreffen gekommen war. Von den „be-währten Alten“, im besonderen einigen Gärtnerbesitzern, die bis dahin noch immer eine gewichtige Rolle gespielt hatten, meldete sich einer nach dem andern ab. Das ging aber ziemlich ruhig vonstatten. Sonst gewöhnte man sich nicht nur schnell an die schärfere Tonart der Zeitung, sondern es hob sich auch das Vertrauen zur Verbandsleitung fortgesetzt. Waren im Jahresdurchschnitt 1898 erst 1870 Mitglieder vorhanden, so weist das Jahr 1899 deren schon 2830 auf.

Der Schlußkampf zwischen alter und neuer Richtung wurde mehr hinter verschlossenen Türen ausgefochten: in den Hauptversandssitzungen. Und in letzter Phase auch noch einmal vor der Öffentlichkeit, aber ganz kurz und für die „Alten“ ziemlich blamabel. Unter Führung eines gewissen R. Voigt-Gera waren Minen gelegt worden, um den der alten Richtung mißliebigen neuen Redakteur zu beseitigen. Die Hilfskräfte hierbei versagten aber im entscheidenden Augenblick. Voigt selbst nahm an, der Redakteur habe die Einsetzung des von ihm geleiteten „Protestkomitees“ unterdrückt (später hat sich herausgestellt, daß sein vertrauensmännischer Schriftführer die Absendung verbummelt hatte) und ging nun, als auch ein von ihm selbst eingesandter Artikel „Klippen“ nicht aufgenommen wurde (die Vorstandssitzung hatte die Aufnahme abgelehnt); mit seinen Beschwerden und Anklagen an — das Handelsbl. f. d. d. Gartenbau, also an das Organ des Unternehmervverbandes, dem die Einsetzung sehr willkommen war und das sie mit schlecht verhaltener Schadenfreude auch abdruckte (November 1899). Durch diesen täppischen Akt ging der letzte Rest des Ansehens der „Alten“ verloren. Ihr geistiges Oberhaupt, der ehrenamtliche Geschäftsführer und Vorsitzende Carl Darmer hatte schon öfter Rücktrittsgedanken geäußert; unter der Wucht der neuen, letzten, blamabelsten Niederlage erklärte er nunmehr mit voller Bestimmtheit, nicht mehr länger auf seinem Posten bleiben zu wollen. Durch gutes Zureden ließ er sich noch bis zum 1. Februar 1900 halten, und dann ging er grollend davon.

Die „wirtschaftliche Richtung“ konnte sich nunmehr deutlicher als das geben, was sie war und wollte: als Gewerkschaftsströmung mit gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Auf dem Gärtnerstage in Erfurt war als führender Kopf des A. D. G. V. der z. Zt. als Darmers junger Mann auf dem Büro des A. D. G. V. tätige Franz Behrens hervorgetreten (Darmers selbst war daheim geblieben, weil ihm die ganze Veranstaltung wider den Strich ging), und man gewann den Eindruck, daß mit diesem auch die mehr linksstehende Richtung arbeiten könnte. Ja, die Hoffnung schien nicht unberechtigt, daß Behrens, wenn er einmal der Abhängigkeit Darmers entrückt werden würde, er dann am Ende sich ganz in den Dienst einer gewerkschaftlichen Entwicklung stellen könnte. Unter dieser

Annahme war Behrens schon von 1898 ab als Geschäftsführer ins Auge gefaßt worden. Als dann aber auf der Generalversammlung die Spaltungsgefahr austrat, verständigte man sich mit ihm dahin, daß er sich diesmal nur als „Erster Assistent“ des ehrenamtlichen Geschäftsführers solle wählen lassen. Und so geschah es. Gegenüber seiner bisherigen Anstellung, die eine solche des Vorstandes, mit wöchentlichem Kündigungsrecht, war, wurde er jetzt der von der Generalversammlung gewählte Beamte, den der Vorstand (oder gar Darmers allein), im Falle eines Konfliktes, nicht mehr entlassen konnte. Behrens verblieb in dieser Stellung indessen nur bis Frühjahr 1899. Da schied er freiwillig aus und übernahm eine besser dotierte Anstellung als Sekretär des Berliner Evangelischen Arbeitervereins. Seine Mitarbeit an der inneren Verbandsentwicklung setzte er aber fort, und das sogar noch rühriger als vormem. — Die Generalversammlung 1896 schon hatte eine Kundgebung beschlossen, nach der der Elfstunden-Arbeitstag in Handelsgärtnerien zu erstreben sei. Die Arbeit hierzu wurde aber erst zwei Jahre später in Angriff genommen, als die „wirtschaftliche Richtung“ Oberwasser erhalten hatte. Um diese Angelegenheit und andre Gehilfenfragen besser fördern zu können, wurde im Juni 1899 im Rahmen der Märkischen Gauvereinigung (jetzt Groß-Berlin) unter dem Namen „Wohlfahrtsausschuß“ eine besondere Kommission gebildet, deren Leitung in Händen Albrechts lag, an der sich aber auch Behrens rührig beteiligte. Die Bewegung kam ganz tüchtig in Fluß, in den meisten Zweigvereinsorten, und in den größeren Orten wurden ebenfalls Wohlfahrtsausschüsse gebildet. Die Unternehmer spitzten immer mehr die Ohren und kamen in schärferen Gegensatz zum A. D. G. V. Als am 1. Februar 1900 Darmers abdankte, wählte der Hauptvorstand Franz Behrens als ehrenamtlichen Geschäftsführer; der Charakter des ersten Vorsitzenden (den D. bisher mit inne hatte) ging auf den zweiten Vorsitzenden Leo Fische über. Auf der Generalversammlung in Frankfurt a. M. (August 1900) wurde diese Wahl bestätigt. Im Herbst 1900 setzte in Berlin eine Land-schaftler-Lohnbewegung ein, von zwei Seiten: vonseiten des A. D. G. V. und vonseiten einer neugegründeten lokalen freien Vereinigung, früheren Anhängern und Mitgliedern des Zentralvereins. Diese Bewegung führte Frühjahr 1901, ohne Streik, zu einem Tarifvertragsabschluß mit den Unternehmern und zum Eintritt der Mitglieder der freien Vereinigung in den A. D. G. V.

Schon zum Erfurter Gärtnerstage hatten die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine einen Delegierten entsandt mit dem Auftrage, den Versuch zu machen, die Gärtner an sich heranzuziehen. Der betreffende blieb aber im Hintergrunde und hat sich nicht einmal dem Büro vorgestellt. Auf der Generalversammlung 1898 in Leipzig erschien nun Herr Karl Goldschmidt in eigner Person, und es wurde ihm auch das Wort gestattet. Seine Ausführungen zeitigten die Annahme einer Resolution, in der versprochen wird, die Bestrebungen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in den Zweigvereinen zu diskutieren und die Frage auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen. Die versprochene Diskussion wurde durch einen empfehlenden Artikel in der Zeitung von Voigt-Gera eingeleitet, jedoch bald wieder abgebrochen. Die Elfstundenbewegung lenkte die Blicke dann auf die „Tarifgemeinschaftsfrage“, und die „Gewerkevereinsfrage“ kam nun auf einen breiteren Erörterungsboden, sie wurde zur „Gewerkschaftsfrage“ und gelangte als solche auf der Generalversammlung 1900 in einem besonderen Referat zur Erörterung. Nun wurde eine Kundgebung des Inhalts beschlossen, daß man grundsätzlich die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Berufsverbände anerkenne; da aber z. Zt. noch keine der bestehenden drei Gewerkschaftsrichtungen jene praktische Neutralität übe, die der A. D. G. V. als Voraussetzung nehmen müsse, so sei die Anschlussfrage noch nicht spruchreif, sie solle aber in der Zeitung weiter erörtert werden. Es wurde jedoch festgestellt, daß a) die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, als für einen späteren Anschluß geeignet, von vornherein ausscheiden und daß b) die christlichen Gewerkschaften sich selbst bezeichnet haben als eine nur vorübergehende Gruppierung, die sich später den modernen Gewerkschaften anschließen müßten. Daraus ergebe sich von selbst, nach welcher Richtung hin zu arbeiten sei.

Der Generalversammlung 1900 folgte am andern Tage (5. August) mehr als eine öffentliche Tagung der Generalversammlungs-Abgeordneten, an der sich auch andre, befreundete und gegnerische Vertreter und Berufskollegen beteiligen konnten — ein dritter Gärtnerstag (der zweite war in ähnlicher Form der Generalversammlung 1898 in Leipzig vorausgegangen). Auf diesem wurde u. a. die sogen. Tarifgemeinschaftsfrage, in einer ganz milden, auf die Unternehmer verständlich berechneten Form verhandelt und dazu beschlossen, wie das schon die Generalversammlung selbst getan, Tarifgemeinschaften in einem Sinne zu erstreben, wie solche im Buchdruckgewerbe zum Ausdruck kommt. Dazu wurde noch die unbedingte Einigkeit zum sozialen Frieden mit den Arbeitgebern betont. Am andern Tage aber (6. August) beschloß die in Leipzig tagende Hauptversammlung des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands: „Der Verband der Handelsgärtner Deutschlands ermächtigt seinen Vorstand, alle Beziehungen mit der Leitung des A. D. G. V. und dessen Organ abubrechen“. Das war eine Kriegserklärung in aller Form, denn „Beziehungen“ zwischen dem V. d. H. D. einer- und dem A. D. G. V. anderseits bestanden damals ja schon seit etwa zwei Jahren nicht mehr. Der hingeworfene Fehdehandschuh wurde vom A. D. G. V. aufgenommen, und die Rechte der Gehilfenschaft wurden jetzt mit noch größerer Schärfe betont. Trotzdem die Dinge noch so lagen, daß man sich seiner Erfolglosigkeit nicht so unbedingt sicher war und zu befürchten stand, daß eine allgemeine Verfolgung und Massenabregelungen dem A. D. G. V. manche schwere Wunden schlagen könnten, krochen doch nur wenige Hasenfüße ins Mausloch und verließen die Fahne, andre kamen dafür neu hinzu, und der Jahresdurchschnitt 1900 zeigt eine Mitgliederzahl von 3460. Das Vertrauen zur Verbandsleitung war also statt erschüttert zu werden, wie die Unternehmer gehofft hatten, weiter gewachsen. Die Massen gingen an, sich gegen die Feindschaft der Unternehmer zu behaupten und sich zu Kämpfern auszubilden.

Das Frühjahr 1901 fand den A. D. G. V. auf der ganzen Linie in Angriffsstellung, in der Fortsetzung der Bewegung um den Elfstundentag; an mehreren Orten setzte es Massenkündigungen vonseiten der Gehilfen mit Massenstellenwechsel, und in einigen Orten handelten A. D. G. V. und Deutsche Gärtnervereinigung gemeinsam. Das beanspruchte auch die Zeitung. Dazu gesellte sich die Bearbeitung einer Denkschrift an den Reichstag, über die Rechtszugehörigkeitsfrage, eine Arbeit, die der Redakteur übernommen hatte.

Die theoretische Erörterung der „Gewerkschaftsfrage“ in der Zeitung unterblieb aus diesem Grunde vorerst noch.

Die aus den Verhältnissen heraus gewachsene Kampfstellung des A. D. G. V. zu den Unternehmern und zu deren Verband, die Elfstundentag- und einige Lohnbewegungen sowie der erste Tarifvertragsabschluß in der Land- schaftsbau- und Groß-Berlin brachten nun den A. D. G. V. näher an die Deutsche Gärtnervereinigung heran. Es entstand auf beiden Seiten der Wunsch, der Frage einer Verschmelzung dieser beiden Gehilfenverbände näherzutreten. Zu einer Erörterung hierüber wurde am 9. Juni 1901 in Witten- berge a. E. eine gemeinsame Konferenz der Vorstände dieser beiden Verbände abgehalten. Man einigte sich auf dieser, vorerst einmal die gegenseitige Bekämpfung einzustellen. Die Vertreter des A. D. G. V. gaben außerdem Erklärungen ab, daß sie einen späteren Anschluß des A. D. G. V. an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vorbereiten wollten. In Erwartung eines solchen Beschlusses von der nächsten Generalversammlung des A. D. G. V. stellte Reitt, von der Deutschen Gärtnervereinigung, einen dann folgenden Gesamtübertritt seines Verbandes zum A. D. G. V. in Aussicht.

Nun begann in der A. D. G. Z. eine Artikelserie „Zur Einführung in das Gewerkschaftsproblem“, die recht gut und zielbewußt anhub, die aber am Ende einen Ausklang nahm, der anfangs nicht beabsichtigt war. Wohl wurde zusammenfassend gesagt, daß „wenn wir überhaupt irgendwo angliedern wollten, für uns nur die freien Gewerkschaften in Frage kommen könnten“. Aber zugleich wurden auch einige Bedenken nachgefügt, man solle erst noch reiflich prüfen. Der Schlußsatz lautet: „Die allgemeine Arbeitersoli- darität muß die Solidarität im eignen Berufe zur Voraussetzung haben“. — Verschiedene Dränger waren inzwischen mißtrauisch geworden. Sie fanden in den Einführungsartikeln die freien Gewerkschaften nicht dringend und nicht zwingend genug empfohlen, nicht mit der von ihnen gewünschten Wärme, und den beiden gegenüberliegenden Gewerkschaftsgruppen war nach ihrer Auffassung auch zuviel Aufmerksamkeit geschenkt. Im besonderen war das Mißtrauen gegen die Verbands-Hauptleitung aber aus einem andern Umstande heraus geweckt worden. Neben dem von Redakteur Albrecht veröffentlichten Einführungsartikeln hatte der Geschäftsführer Behrens eine Anzahl Artikel mit der Überschrift „Aus der sozialen Bewegung“ geschrieben, in welchen die derzeitigen Vorgänge in allen Lagern, auch außerhalb der Gewerkschaften, kritisch behandelt wurden; dabei waren die freien Gewerkschaften aber am wenigsten wohlwollend weggenommen, teilweise konnte man gar eine gewisse Feindschaft gegen diese herauslesen. Als erster trat Josef Busch-Ham- burg auf den Plan und gab in einem kurzen Eingesandten dem Mißtrauen Aus- druck. Behrens wies das allerdings ziemlich bissig und gereizt zurück. Wie berechtigt indessen das dargebrachte Mißtrauen war, das stellte sich in der Folge bald heraus. In der Nummer 1 Jahrgang 1902 der A. D. G. Z. nahm Behrens in einem längeren Artikel gegen die freien Gewerkschaften das Wort; er sagt darin, von allen drei Gewerkschaftsrichtungen, seien die freien Gewerkschaften am wenigsten neutral, und wörtlich: „Die sogen. modernen oder freien Gewerkschaften sind in der Praxis nichts weiter als Berufsorgani- sationen sozialdemokratischer Tendenz“ und schließlich: „Uns zwingt nichts zu diesem Schritt (Anschluß an die freien Gewerkschaften), als daß nun mal von den Kollegen, die es gerne wünschen, die Frage zu einer ‚Lebensfrage‘ ge- stempelt worden ist“.

Wie erkenntlich, hatte sich Behrens also gewandelt. Noch auf der ge- meinsamen Vorstandskonferenz (des A. D. G. V. und der Deutschen Gärtnerver- einigung) am 9. Juni 1901, hatte Behrens gesagt: „Persönlich und grund- sätzlich würde ich gegen den geforderten Anschluß nichts einzuwenden haben. . . . Prinzipiell stellen wir einem Beitritt zu den modernen Gewerks- schaften nichts in den Weg; es sind lediglich Rücksichten auf die Verhältnisse und andre praktische Gesichtspunkte, die für uns den Ausschlag zu unsern Maßnahmen geben“. Im besonderen war es die mangelnde Gewerkschafts- reife der Mitglieder, die damals, nach Behrens und der andern Hauptvorstands- mitglieder Ansicht, noch das Hindernis bildete. Jetzt also stand Behrens anders, war er Gegner geworden, mit ihm auch einige andre Hauptvorstands- mitglieder. Die Ursache der Wandlung hat man in seiner parteipolitischen Stellung und in seinem Verhältnis zu den Evangelischen Arbeitervereinen zu suchen (Behrens war noch immer besoldeter Sekretär des Berliner Evange- lischen Arbeitervereins; den Geschäftsführerposten im A. D. G. V. übte er nur nebenamtlich aus). Und im Verbands der Evangelischen Arbeitervereine spukte damals die Gewerkschaftsfrage auch. Pfarrer a. D. Naumann (der bekannte Nationalsoziale, jetzt der Freisinnigen Volkspartei angehörig) hatte hier den Anschluß der Arbeitermitglieder an die freien Gewerkschaften empfohlen, war damit aber nicht durchgedrungen. Auf dem Pfingstkongreß 1901 behandelte nun Behrens diese Frage, und es wurden hier für die Mitglieder der Evangelischen Arbeitervereine die ersten Strebeziele zu einer Brücke nach den christlichen Gewerkschaften hinüber errichtet. 1900 war die Gesellschaft für Soziale Reform gegründet worden, der Behrens für den Berliner Evangelischen Ar- beiterverein beitrug und wo er mit den Führern der christlichen Gewerks- schaften die ersten Beziehungen angeknüpft hat. Von all diesen Umständen her datiert nun dieser Wandel Behrens, der ihn in der Folge zu einem immer heftigeren Gegner und schließlich zu einem gehässigen Feind der freien Ge- werkschaften machte.

In der Hauptleitung des A. D. G. V. bestand also bezüglich der „Ge- werkschaftsfrage“ keine Einigkeit mehr. Die beiden führenden Personen — Behrens und Albrecht — strebten verschiedenen Zielen zu, was bald bemerkt werden mußte. Die ganze Erörterung, besonders in den Zweigvereins- und Gau- versammlungen, wurde davon beeinflußt. Da die Massen noch zu wenig gewerks- schaftliche Bildung besaßen und nur einige Wenige den Stoff einigermaßen beherrschten, so entstanden hier öfter unsachliche Streitereien und auch Spal- tungen, und nicht wenige, die nur den Streit empfanden, der ihnen unbehaglich war, die von der Sache selbst aber nicht viel verstanden, daran auch gar- keinen geistigen Anteil nahmen, kehrten dem Verbands nun einfach den Rücken, weil sie „den ewigen Streit satt“ hatten. Dieser Zustand war Behrens Gegenarbeit natürlich günstig, er konnte damit sehr wirkungsvoll den Nach- weis führen, wie recht er habe. Unter diesen unheilvollen Verhältnissen rückte die nächste Generalversammlung heran, die nun endlich sich — für die freien Gewerkschaften entschließen sollte, wie die Vorstandsmitglieder des A. D. G. V. am 9. Juni 1901 dem Vorstände der Deutschen Gärtnervereinigung ja in Aus- sicht gestellt hatten. Je näher man der Tagung kam, um so mehr häuften sich die Mißnachrichten von einem Zurückgang der Mitgliederzahlen in Zweig- vereinen und von immer schlechter werdendem Besuch der Versammlungen.

Behrens hatte also in der Tat recht: die große Masse war wirklich — „noch nicht reif“. Und trotzdem standen die Dinge so, daß eine Mehrheit für den Anschluß an die freien Gewerkschaften immer noch zu erwarten war. In- dessen: Wie wird es wohl werden, wenn ein solcher Beschluß dann in die Tat umgesetzt werden soll? Werden die zur Zeit hinter den betreffenden Führern stehenden Mitglieder auch alle folgen? Oder wird als Gefolgschaft nur solch kleine Zahl übrigbleiben, daß man sich damit einfach lächerlich macht und der Sache selbst mehr schadet als nützt? Was werden die andern tun; werden sie sich nicht sofort gegenorganisieren? Wird das ganze berufliche Vereins- leben dann womöglich nicht gar auf einen Zustand zurückgeworfen, wie er um 1894/95 war? Ist unter gegebenen Umständen die Herbeiführung des sonst erwünschten Beschlusses zu verantworten? Bei diesen und ähnlichen auf ihn eindringenden Fragen entschied sich nunmehr Albrecht, von seinem ursprüng- lich ins Auge gefaßten Antrage Abstand zu nehmen. Dafür baute er eine groß- mächtige Resolution auf, die ihm zwar wenig Freude bereitete, von deren An- nahme er aber trotzdem einen neuen Aufschwung erwartete, um den Anschlußan- trag dann später zu einer günstigeren Zeit zu stellen. Die Resolution war so gut, oder auch so schlecht gelungen, daß selbst Behrens für sie eintrat, wenn auch unter andern Erwägungen und Begründungen. Der Hauptvorstand empfahl sie auf der **Generalversammlung in Hannover, August 1902**, einmütig zur Annahme. Die Diskussion darüber zerpflichtete gar manche der darin aufgestellten Be- hauptungen, und eigentlich wurde sie so mißhandelt, daß ihre Zurückziehung am Platze gewesen wäre. Es wurden darin aber mit wenigen Worten nur einige Stellen geändert, und dann erfolgte die einstimmige Annahme, durch Gegner und Freunde des Anschlusses. Die mittlere Linie war also gefunden, und es konnte nun mit neuer Kraft die Werb- und Erziehungsarbeit fortge- setzt werden. Behrens (der Anschlußgegner) und Albrecht (der Freigewerk- schafter) wurden beide, von den Anschlußfreunden und -Gegnern, einstimmig wieder in die Verbandshauptleitung gewählt; Behrens nun gar als besoldeter Geschäftsführer, da er das Versprechen gegeben hatte, sein Anstellungsver- hältnis beim Berliner Evangelischen Arbeiterverein zu lösen. — Es sei hier mit erwähnt, daß an dieser Tagung, auf besondere Einladung durch den Hauptvorstand des A. D. G. V., die Hauptführer aller drei Gewerkschaftsrichtungen, nämlich Carl Legien von den Freigewerkschaften, Karl Goldschmidt von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und Joh. Giesberts von den christlichen Gewerkschaften, teilgenommen haben, und ihre Beteiligung an der Debatte über die strittige Frage war von recht günstigem, klärendem Einfluß.

Einige Wochen nach der Hannoverschen Generalversammlung unter- bereitete die Deutsche Gärtnervereinigung dem Hauptvorstande des A. D. G. V. einen **Einigungsvorschlag**, der in der Hauptsache das Folgende besagte: Der Hauptvorstand der Deutschen Gärtnervereinigung ist gewillt, den Mitgliedern der letzteren auf der kommenden Generalversammlung die Auflösung der Deutschen Gärtnervereinigung zu empfehlen, wenn der Hauptvorstand des A. D. G. V. sich zur Annahme nachstehender Bedingungen bereit erklärt: „Die Deutsche Gärtnervereinigung löst sich mit dem 1. Januar 1903 zugunsten des A. D. G. V. auf, wenn der Hauptvorstand des letzteren sich verpflichtet, den einzelnen Gauvereinigungen, die sich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anschließen wollen, keine Hindernisse in den Weg zu legen.“ So entgegenkommend das Angebot in seinem ersten Teil und so harmlos die Bedingung im zweiten Teil harmlosen Gemütern erscheinen konnte: es war vom Standpunkte einer Verbands-Hauptleitung ganz un- möglich, darauf einzugehen. In Wirklichkeit hätte die Übernahme der geforderten Verpflichtung nämlich keine kleinere Bedeutung gehabt als die: die Führung des A. D. G. V. wird von seinem derzeitigen Hauptvorstande an die derzeitige Leitung der Deutschen Gärtnervereinigung in Hamburg abgetreten. Das war auch der in dem Einigungsvorschläge zwar nicht offen zugestandene, aber doch sehr offensichtliche und in der Tat gewollte Zweck. Einer solchen ge- stellten Bedingung gegenüber hatte nun der Geschäftsführer Behrens leichtes Spiel, er erreichte eine glatte Ablehnung. Wesentlich anders wäre die Stim- mung gewesen und die Abstimmung im Hauptvorstande ausgefallen, wenn man nur gefordert hätte, den einzelnen Zweigvereinen den Beitritt zu den ört- lichen Gewerkschaftskartellen zu erlauben; da wäre ein Ausweichen nicht mehr möglich gewesen, denn zwei Zweigvereine hatten ja mit Hauptvorstands- zustimmung den Schritt schon unternommen. Doch, ein solcher Vorschlag wurde auch dann nicht gemacht, als die zuerst gestellte Bedingung abge- lehnt worden war und das Ablehnungsschreiben einen Rückzug auf diesen Punkt leicht möglich gemacht hätte. Statt dessen heißt es in der Hamburger Er- widerung: „Sämtliche Mitglieder des Hauptvorstandes erklärten, daß Punkt 1 unsres Vorschlages unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse, da es sonst gänzlich ausgeschlossen ist, daß wir unsre Mitglieder für den Über- tritt zum A. D. G. V. geneigt machen können“.

Damit war der Einigungsversuch gescheitert, und die Deutsche Gärtnervereinigung nahm nun wieder mit allen Mitteln den Kampf gegen den A. D. G. V. auf, der in der Hauptsache als Kampf gegen dessen Verbands-Haupt- leitung, im besonderen gegen Behrens und — Albrecht geführt worden ist, „den beiden Hauptübeltätern und Hauptgegnern der Einigung“. Hüben und drüben hat es dabei Angriffe und Hiebe gesetzt, die nicht grade als rühmens- wert zu bezeichnen sind und über die man am besten schweigt.

Am 20. Juni 1902 fand in **Krefeld** eine Kaiser-Einzugsfeier statt, zu der es viel Bindereiarbeiten zu leisten gab. In der Firma Albert Samson (Inhaber Harling & Möltgen) sollten die Gehilfen früh vor regulärem Arbeitsbeginn und abends nach regulärem Arbeitsschluß Überstunden ohne Entschädigung leisten, was in herrischer Weise verlangt wurde. Dagegen setzten sich die Gehilfen zur Wehr. Als ihre Forderung auf Bezahlung der Überstunden abgelehnt wurde, kündigten von 11 Mann 10 ihre Stellung auf, und es verließen am 26. Juni 8 Mann diese Stellen frist- und ordnungsgemäß. Die Firma wurde nun vonseiten des A. D. G. V. gesperrt und bewacht. Daraufhin nahm sich der Handelsgärtnerverein von Krefeld und Umgegend der Sache an und verfügte an alle im Orte tätigen Mitglieder des A. D. G. V.: Vereinsaustritt oder Entlassung! Da der Austritt verweigert wurde, erfolgte vonseiten der Arbeitgeber eine regel- rechte Aussperrung, die gehilfensteits mit Bewachung der Betriebe be- antwortet wurde. Dieser Kampf währte bis Mitte September und wurde von dem Krefelder Zweigverein des A. D. G. V. mit großer Bravour geführt, er endete am Schlusse aber trotzdem mit der Niederlage der kämpfenden Gehilfenschaft und mit dem Beschlusse der Unternehmer, den A. D. G. V. dauernd mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Ein zweiter ähnlicher Kampf begann Anfang Dezember 1902 in **Plauen i. V.** Der dortige Lokalverein hatte eben den Übertritt zum A. D. G. V. beschlossen, und sofort wurden (am 6. Dezember) die neuen Mitglieder vor die Entscheidung gestellt: Austreten oder Entlassung. Da auch hier der Austritt verweigert wurde, erfolgte vonseiten der Arbeitgeber allgemeine Kündigung. Dieser Gewaltakt wurde jedoch in Kürze zurückgewiesen. Es gelang nämlich in diesem Falle, durch Aufpeitschung der öffentlichen Meinung die Unternehmer zur Zurücknahme der Kündigung zu bestimmen. Ein Stachel blieb jedoch auch hier zurück und ließ diesen Verein später trotzdem nicht mehr gedeihen.

Krefeld sowohl wie Plauen i. V. zeigen das Bild eines regelrechten und heftigen gewerkschaftlichen Klassenkampfes. Es sind die ersten Kämpfe, die in dieser Form vonseiten des A. D. G. V. ausgefochten worden sind. An sich scheinbar noch Einzelercheinungen, in Wirklichkeit aber nur schärfere Ausdrucksformen der gewerkschaftlichen Kampfstellung, die seit 1899 sich ganz folgerichtig entwickelt hatte. —

Die gute alte Freundschaft mit den Unternehmern und ihren Verbänden war endgültig dahin. Die „Gewerkschaftsfrage“ aber war, trotz aller bisher schon gemachten gewerkschaftlichen Erfahrungen, noch immer — „nicht reif“.

## 2. Die Urabstimmung.

Die Entwicklung macht zuweilen scheinbar Bocksprünge, man steht nämlich zuweilen vor manchen Vorgängen wie vor einem Rätsel. Hier stockt der Lauf ganz unvorhergesehen, und dort setzt er plötzlich wieder über Hindernisse hinweg, daß man sich schier wundert, wie das alles nur möglich ist, sodaß man an einer zwingend organischen Entwicklung unter Umständen irre werden kann. Aber man muß sich dabei auch immer vergegenwärtigen, daß die soziale Entwicklung es nicht bloß mit materiellen Dingen, sondern auch mit lebenden, denkenden und handelnden Menschen zu tun hat; mit Menschen, die imstande sind, den Entwicklungslauf gelegentlich hemmend oder fördernd zu beeinflussen.

Menschliche Einflußnahme war es, die in den Jahren 1901 und 1902 der Entwicklung des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins zur freien Gewerkschaft, das heißt zum Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hindernd in den Weg trat. Wären damals Behrens und Albrecht sich in der Zielrichtung einig gewesen, hätte Behrens also noch dasselbe vertreten, was er am 9. Juni 1901 in der gemeinsamen Vorstände-Konferenz vertreten hatte, dann wäre auf der Generalversammlung 1902 die in Frage kommende Angliederung ohne alle Schwierigkeiten beschlossen worden. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Die Vereinigung der beiden Konkurrenzverbände wäre dann ebenfalls in aller Ruhe vorsich gegangen. — Auch bezüglich eines andern Vorganges kann man ähnliche Erwägungen anstellen: Hätte die Deutsche Gärtnervereinigung ihre nach der Generalversammlung des A. D. G. V. im Jahre 1902 unterbreitete Übertrittsbedingung dahin eingeschränkt, daß sie sich mit der Zusage zufrieden gegeben haben würde, die örtlichen Zweigvereine den örtlichen Gewerkschaftskartellen anzuschließen, dann wäre die spätere Urabstimmung glatter vor sich gegangen, die gegnerische Stimmenzahl würde dann erheblich kleiner, vielleicht verschwindend klein geworden sein. Dieser letzteren Erwägung gegenüber wird von der andern Seite her allerdings behauptet, erst der heftige Kampf, den die Deutsche Gärtnervereinigung nachdem geführt hat, habe die Urabstimmung im A. D. G. V. hervorgerufen und dann die immer noch verhältnismäßig schnelle und günstige Erledigung der Angelegenheit bewirkt. Es kann gern geglaubt werden, und es wird auch so sein, daß sich von jenem Standpunkte aus die Dinge so angesehen haben, und daß deshalb die von dort her geübte Taktik unter diesem Gesichtswinkel die richtige und notwendige gewesen ist. Man konnte dort ja garnicht wissen, wie auf der andern Seite die Verhältnisse im einzelnen gelagert waren. — An und für sich sind das heute gewiß alles ganz müßige Betrachtungen, und dennoch wird man, als damals an der Sache ein Hauptbeteiligter mit, genötigt, sie bei Gelegenheit dieser Niederschrift mit anzuführen. Vielleicht kann der eine und andre irgendwann und bei irgend einer andern Sache daraus einmal irgendwelche Nutzenwendung ziehen. —

War vor der Hannoverischen Generalversammlung die Lage noch eine äußerst verwirrt und eine so jämmerliche, daß der Hauptvorstand des A. D. G. V. meinte, in der von Albrecht ausgearbeiteten Resolution eine Stelle zur Beschlussfassung vorschlagen zu müssen, in der gesagt wird, die Frage einer Angliederung des A. D. G. V. an irgend eine der bestehenden Gewerkschaftsgruppen sei „für alle absehbare Zeit von der Tagesordnung abzusetzen“ (die Generalversammlung hat, mit des Verfassers und des Hauptvorstandes Zustimmung, diese Stelle mit „vorläufig“ abgeändert), so überstürzten sich in der Folge die Ereignisse gradezu.

In Berlin war eine umfangreiche Lohnbewegung für die Landschaftsbranche in Vorbereitung. Diese führte, da sich die Unternehmer auf eine friedliche Vereinbarung nicht wieder (wie 1901) einlassen wollten und auch sonst keine Zugeständnisse machten, zu einem allgemeinen Streik, der planmäßig und nach erprobten gewerkschaftlichen Regeln vorbereitet wurde und am 21. März 1903 auf der ganzen Linie in Kraft trat. Die Arbeitsniederlegung war eine nahezu einmütige, es nahmen daran (nach den Streiklisten) insgesamt nicht weniger als 616 Personen teil (341 ledige, 275 verheiratete), etwa 90 bis 95 % aller Beschäftigten. Bei obendrein den denkbar günstigsten Witterungsverhältnissen hielten die Unternehmer diesen Angriff nicht lange aus. Am 1. April ließen sie sich zu Unterhandlungen vor dem Gewerbegericht herbei, und es kam dort eine Tarifbewegung zustande. Am 2. April konnte infolgedessen die Arbeit wieder aufgenommen werden. Wie bei solchen Kämpfen in der Regel, blieb eine Anzahl zurück, die vorerst nicht eingestellt wurde; andre kamen freiwillig wieder zurück, weil ihnen zugemutet worden war, nicht als Gelernte, sondern als Ungelernte zu arbeiten, nämlich gegen Lohn für Ungelernte. Die Auslegung des Tarifvertrages auf Arbeitgeberseite führte noch wochenlang zu Einzelauseinandersetzungen und zu vieler Unzufriedenheit haben und drüben, und am 6. Mai schon übten dann die Unternehmer einfach Tarifbruch, indem sie von ihren Leuten die Unterzeichnung eines Schriftstückes forderten, in dem erklärt wird, der Vertrag bestehe nicht mehr und die Entlohnung unterliege fortan nur noch der freien Vereinbarung. Ganz unparteiisch beurteilt, muß zugegeben werden, daß der Vertrag in der Tat an inneren Unmöglichkeiten zugrunde gegangen ist, denn er enthielt Bestimmungen, die die Unternehmer, wenn sie die vereinbarte Lohnerhöhung (um 20 %) allen Gehilfen zukommen lassen sollten, einfach nicht zu leisten imstande waren, weil sie ihre Kundschaftsarbeiten daraufhin garnicht kalkuliert

hatten und weil verhältnismäßige Preisaufschläge sich sofort nicht durchführen ließen. Diese Lohnbewilligung war ja ohnedem auch mit der Absicht erfolgt, sie nur einer Minderzahl zukommen zu lassen, allen denjenigen nicht, die mit Arbeiten beschäftigt werden, für welche einfache Hilfsarbeiter verwendet werden können. Andererseits befanden sich die verhandelnden Gehilfenvertreter in der Zwangslage, den Vertrag so hinnehmen zu müssen, wie er schließlich abgefaßt wurde, weil sie sich bewußt waren, daß andres einfach nicht zu erreichen war und ein Abbruch der Verhandlungen gleichbedeutend gewesen wäre mit einer in den allernächsten Tagen zu erwartenden allgemeinen Niederlage. Einmal hatte man keine kampfgewohnte Masse hinter sich, der schon Zähigkeit und Ausdauer anezogen war, und zum andern wußte man, daß die Geldmittel für weitere Unterstützung erschöpft waren. Schließlich ist es wiederum nur verständlich und durchaus natürlich, daß sich die Gehilfen die nun zu ungelerten Arbeitern gestempelt wurden — für die ein Mindestlohnsatz nicht festgesetzt war, weil die Unternehmer sich darauf nicht einlassen hatten —, sich schon gegen diese „soziale Degradierung“ sträubten, noch mehr aber sich gegen die Nichtberücksichtigung in der Entlohnung zur Wehr setzen mußten.

Die allgemeine Lage war indessen für die Kollegenschaft so, daß sie sich damals sagte: Hätten wir noch genügend Geld in der Kasse, oder einen andern finanziellen Rückhalt, dann könnten wir den Tarifbruch mit einem neuen Streik beantworten. In gleichem Sinne empfand man auch sonst in den weiteren Mitgliederkreisen des A. D. G. V. Möglichenfalls wäre unter andern Umständen, also mit einem finanziellen Rückhalt, damals solch neuer Streik auch versucht worden (wenngleich er nur schwache Beteiligung gehabt hätte). So unterblieb selbst der Versuch. Und dieser Zustand wurde nun der Anlaß zu einer allgemeinen Propaganda für den Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Was zwei Jahre früher und noch im Vorjahre gesagt worden, die Geldunterstützungsfrage vonseiten andrer Gewerkschaften dürfe für die Anschlussfrage überhaupt nicht ins Gewicht geworfen werden, so wurde sie jetzt einfach der Ausgangs- und Mittelpunkt für die Befürworter, und selbst Albrecht, der hier als erster vom Turm bließ und Alarm schlug, operierte gerade mit diesem Mittel. Warum tat er es? Er hatte aus der früheren Erörterungen die Erfahrung gewonnen, daß, wie er in der A. D. G. Z., vom 12. September 1903, schreibt, „auf dem Wege des Theoretisierens allein die Frage nicht zu erledigen“ war und daß, bei dem zurzeit gegebenen Stande der gewerkschaftlichen Bildung in den Mitgliederkreisen des A. D. G. V., die ganze derzeitige Lage einen Anschauungsunterricht gebe, wie er zweckdienlicher kaum gewünscht werden konnte.

Dazu kam noch ein zweites, noch viel wichtigeres. Als der große Streik unmittelbar bevorstand und zwischen Behrens und Albrecht auch die Frage erwohnen wurde, ob denn auch die vorhandenen Finanzmittel der Hauptkasse ausreichen könnten oder wie es möglich sein könnte, dazu noch weitere zu beschaffen, da war Behrens die unvorsichtige Bemerkung entschlüpft: „Na, 3000 Mk. beschaffe ich im Notfalle noch; es kostet mich das nur eine Depesche an Giesberts oder Brust, und das Geld steht zur Verfügung.“ Aus diesem Ausspruch zog Albrecht sofort bestimmte Schlüsse, die in der Folge auch als richtig bewiesen worden sind. Behrens war tags zuvor, als er das sagte, mit den genannten Hauptführern der christlichen Gewerkschaften zusammen gewesen: auf einer Ausschußsitzung der Gesellschaft für Soziale Reform und in einer sich dieser anschließenden Konferenz, die sich mit der Frage der Einberufung eines „antisozialistischen“, christlich-nationalen Arbeiterkongresses beschäftigt hatte (zu dem an alle Verbände, die nicht zu den Freigewerkschaften gehörten, Einladungen erlassen werden sollten; der Kongreß selbst fand dann am 25. und 26. Oktober 1903 unter der falschen Bezeichnung „Erster deutscher Arbeiterkongreß“ in Frankfurt a. M. statt, und Franz Behrens präsierte demselben mit als Vorsitzender). Es stand somit fest, daß Behrens bei dieser Gelegenheit diese Sache auf eigene Faust vermittelt hatte. Bei seiner ganzen mehr wie freundlichen Stellung zu der sogenannten Arbeiterbewegung mußte Albrecht schließen, daß hinter dieser mitgeteilten, in der Tat sehr „christlichen“ Regung der Brust und Giesberts nichts andres stecken konnte, als der fein überlegte Plan, mit einer solchen Unterstützung die ganze Aufmerksamkeit der Mitglieder des A. D. G. V. auf die sogenannten christlichen Gewerkschaften hinüberzuleiten und den A. D. G. V. in die Rolle des Dankverpflichteten diesen Gewerkschaften gegenüber zu versetzen, — womit als berechneter Erfolg eintreten sollte: ein Umschlag der Stimmung für die christlichen Gewerkschaften auch in der Anschlussfrage. Wie schon bemerkt, haben die späteren Ereignisse, im besonderen Behrens eigene Laufbahn und die spätere Hinüberregelung der vom A. D. G. V. abgesplitterten kleinen Gruppe zu den christlichen Gewerkschaften, diese seinerzeitige Albrecht'sche Annahme, die er in der späteren Zeitungs-polemik auch mit angeführt hat, bestätigt.

Das war die zweite Triebkraft, die Albrecht bestimmte, nunmehr die Anschlussfrage zur Entscheidung zu treiben.

Zunächst wurde mit der Sache der Hauptvorstand beschäftigt; dieser berief dann eine Konferenz der Gauvorsitzenden des A. D. G. V. nach Berlin ein (6. September 1903), und diese beschloß, da ihre Teilnehmer sich ebenfalls in zwei Parteien spalteten, eine allgemeine Urabstimmung der Mitglieder, um nun endlich einmal mit der leidigen „Gewerkschaftsfrage“ Schluß zu machen, falls die Entscheidung aus, wie sie wolle. Natürlich erhoffte jede Partei für sich den Sieg. Die bis zur stattfindenden Abstimmung noch erscheinenden Zeitungszahlen sollten der allgemeinen freien Meinungsäußerung zur Verfügung gestellt werden und wurden es auch. Darüber hinaus bemühte man sich aber hüben und drüben auch noch, mit Zirkularen und Briefen zu arbeiten. Die Zeitungsdébatten gingen vielfach vom Sachlichen ins Persönliche über, was nach Lage der Dinge leider nicht zu vermeiden war, und die Stimmung wurde teilweise eine sehr gereizte. Endlich vollzogen sich, vom 1. bis 15. Oktober, die Abstimmungen selbst. Fieberhaft wurde auf beiden Seiten gearbeitet, um möglichst viel Stimmen zusammenzubringen, es konnte ja von ganz wenigen abhängen, wer den Sieg davontragen würde. Die Frage auf den Stimmzetteln lautete:

„Soll sich der A. D. G. V. der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anschließen?“ — Antwort: (Die Frage ist mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten; sonstige Bemerkungen sind unzulässig.)

Dazu wurden alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, daß in keinem der Zweigvereine „Mogeleien“ vorkommen konnten. In der Hauptgeschäftsstelle prüften Behrens und Albrecht die einlaufenden Ergebnisse gemeinsam. Am

15. Oktober, abends 6 Uhr, wurde, wie vereinbart, die Abstimmung geschlossen...

Ja-Stimmen 1394; Nein-Stimmen 741.

Mithin eine Zweidrittel-Mehrheit für den Anschluß. Das Hauptvorstandsprotokoll berichtet: „Der Bericht über die Urabstimmung wird entgegen-

nötigt fühle; man möge ihm deswegen die für den Verein eingegangenen Verträge abnehmen. Sämtliche Hauptvorstandsmitglieder und Revisoren er-

Der Bann war nun gebrochen. Die Bahn für eine — nun auch in der Form — freigewerkschaftliche Entwicklung wurde frei!

(Schluß folgt.)

Der Gau Hamburg vor zehn Jahren und heute.

An der Entwicklung unsres Verbandes in den letzten 10 Jahren hat auch der Gau Hamburg, oder wie er früher hieß, der I. Bezirk, seinen Teil beigetragen.

Heute noch kann man bei der Agitation ältere Kollegen finden, die vor 1903 einmal im A. D. G. V. waren und die noch heute die komische Ansicht vertreten:

Doch auch unsre heutigen Mitgliederzahlen dürfen wir nicht zu gering einschätzen. Machen wir uns klar, daß der jetzige Gau Hamburg, in dessen Bezirk 1903 die Zweigvereine Braunschweig, Celle, Flensburg, Hamburg, Hannover, Lehrte, Göttingen, Uetersen vorhanden waren,

Die nachstehenden Zahlen mögen das zeigen:

Table with 3 columns: Jahr, Verkaupte Wochenmarken, Mitgliederzahl. Rows from 1904 to 1913.

Den Hauptanteil der Vorwärtsentwicklung hat natürlich die Verwaltung Hamburg aufzuweisen, deren Bezirk zur Zeit des Zusammenschlusses 406 Mitglieder zählte...

Blicken wir heute zurück auf die Zeit vor 10 Jahren, dann soll und kann keiner sagen, es hat keinen Zweck gehabt! Der Gärtner, der unbegrenzt, von Tagesgrauen bis in die sinkende Nacht schuftete...

Kämpfe geführt wurden, hat sich bis in die kleinsten Orte bemerkbar gemacht.

Sind auch bei den Kämpfen in Hamburg, Bremen und in anderen Orten große Opfer, auch Opfer an Existenzen nötig gewesen...

Die Lokalvereine genießen heute noch die Förderung durch das Unternehmertum. Aber diese werden auch dem Profit nicht gefährlich!

Alle die, die noch Zweifel haben, ob etwas erreicht ist, mögen sich nachstehende Vergleiche merken:

Die Stundenlöhne der Landschaftsgärtnerei betragen im Durchschnitt in:

Table with 3 columns: City, 1904 Pfg., 1913 Pfg. Rows for Bremen, Hamburg, Hannover, Kiel.

Die Löhne in der Handelsgärtnerei betragen im Durchschnitt in:

Table with 3 columns: City, pro Woche, pro Woche. Rows for Bremen, Hamburg, Elmshorn (Baumsch.).

Das sind nur einige Beispiele, die sich beliebig vermehren ließen. Der Einfluß, der von diesen Branchen auf die Verbesserung der Löhne und Verhältnisse in den Stadtgärtnereien (Kiel, Hamburg u. a.), sowie in der Privatgärtnerei ausging, ist unverkennbar.

Auch ein andres Moment dürfen wir nicht zu gering veranschlagen. Prof. Dr. H. Herkner drückte dies einmal mit den Worten aus: „Alle vorurteils-

Und da dürfen wir mit Stolz sagen: Unsre Gewerkschaft hat auch das gehalten, was sie versprochen hat, sie hat tausende unsrer Kollegen nicht nur materiell, sondern auch geistig gehoben.

Heute empfinden wir alle die Schmach des Kost- und Logiszwanges, der langen täglichen und der Sonntagsarbeit, der erbärmlichen Löhne. Und wir arbeiten energisch an deren Beseitigung.

Was da unser Verband in der kurzen Spanne Zeit geweckt und gefördert hat, kann garnicht hoch genug veranschlagt werden; es ist Kulturarbeit auf schwierigem Boden.

Möge jeder Kollege Träger des Fortschritts sein, die Fackel des Lichts, der Einigkeit, stets hochhaltend. Denn:

„Der Feind, den wir am tiefsten hassen, Der uns umlagert schwarz und düht, Das ist der Unverstand der Massen, Den nur das Geistes Schwert durchbricht.“

A. Kummer, Hamburg.

Vor zehn Jahren im Rheinlande.

Zehn Jahre sind im Weitenlauf eine kurze Spanne, doch im Leben des Einzelnen und auch im Organisationsleben eine lange Zeit.

Manchen der alten Kämpfer, die mitgeholfen haben, unsrer Organisation die neuen Wege zu ebnen, hat das verfllossene Jahrzehnt hinweggeschwemmt. Durch die Verhältnisse gezwungen, mußten viele sich von der öffentlichen Tätigkeit für die Organisation zurückziehen...

Und wahrlich, unendlich viel Arbeit in organisatorischer und agitatorischer Beziehung ist geleistet worden. Sie ist geleistet worden, von dem Gedanken geleitet, die Lebenslage der arbeitnehmenden Gärtner zu verbessern...

Doch, es kann nicht meine Aufgabe sein, alle die Erfolge aufzuzählen, die auf das Konto der Organisation zu setzen sind. Daß sie nur durch die ausdauernde, zähe Arbeit des A. D. G. V. zu erreichen waren, müssen selbst unsre Gegner anerkennen.

Als im Jahre 1903, nach langen Debatten über die „Gewerkschaftsfrage“, durch Urabstimmung sich Zweidrittel der Mitglieder für den Anschluß an die Generalversammlung der Gewerkschaften Deutschlands entschieden, war endlich die Bahn frei.

Auch im Rheinland gab's ein Hüben und Drüben. Auch hier platzten die Meinungen aufeinander. Und als nach der entscheidenden Gauversammlung in Düsseldorf „im Schellfisch“ der Gauvorsitzende Bach mit der größeren Hälfte der Mitglieder des Rheinischen Gaues auf die Seite der Anschlußgegner sich stellte, da waren wir nur noch verhältnismäßig wenige...

Trotzdem denn auch im Düsseldorfer Zweigverein Hortulania die Hälfte der Mitglieder gegen den Anschluß gestimmt hatte, waren wir uns im voraus einig, dort zu bleiben. Wo die Stimmenmehrheit hinneigte, „Wenn Ihr 10 000 organisiert habt, komme auch ich zu Euch!“ rief damals der Kollege Bach in die Versammlung.

Eine freigewerkschaftliche Gärtnerorganisation wurde damals als aussichtslos bezeichnet, sie sei dazu verurteilt, als „kraftloses Mauerblümchen“ zu vegetieren. Das Gegenteil ist eingetroffen: das kraftlose Mauerblümchen ist — der sogenannte „deutsch-nationale“ Gärtnerverband geblieben, und auch nach dem Anschluß an die christlichen Gewerkschaften ist er dazu verurteilt, sein Dasein als solches kümmerlich zu fristen.

bieten ihre Interessen zu wahren. Daß das nur der A. D. G. V. sein kann, hat dieser Verband im verflossenen Jahrzehnt vollauf bewiesen. Wo sind sie alle geblieben, die damals, vor der Urabstimmung, die Einigkeit der deutschen Gärtner als Höchstes priesen, die aber trotzdem nach dem unerwarteten Ergebnis ihrem „spiritus rector“ Geburtshelferdienste bei der Zersplitterung leisteten? Bis auf ganz wenige sind diese vollständig von der Bildfläche verschwunden.

Unter besonders schwierigen Verhältnissen wurde von Düsseldorf aus die Agitation nunmehr seitens der treugebliebenen Kollegen mit frischem Mute betrieben. Dutzende Male sind wir, örtlich ganz vergebens, nach Köln, nach Essen, Duisburg, Dortmund und wie die Städte alle heißen, gepilgert, und immer wieder haben wir versucht, dort wenigstens wieder Fuß zu fassen. Die Ausdauer wurde auf eine harte Probe gestellt. Doch steter Tropfen höhlt den Stein. Städte, die, wie Köln, als aussichtslos für eine freigewerkschaftliche Organisation bezeichnet wurden, sind genommen worden. Trotz aller Versuche, unsre Erfolge zu schmälern oder in Frage zu stellen, wurde Bresche gelegt. Während der Lohnbewegungen in Düsseldorf ging man christlicherseits mit dem berühmten „Reichstarii“ hausieren, um unsre Erfolge illusorisch zu machen; man bot später, nach berühmten Berliner Muster, 100 arbeitswillige Gärtner den Düsseldorfer Prinzipalen an. Alles dies konnte jedoch den Fortschritt des A. D. G. V. im Rheinland und Westfalen nicht verhindern.

Trotz aller Versuche seitens unsrer christlichen Freunde uns fernzuhalten, trotz unermüdlichen Schwankens mit dem roten Lappen, hat sich Rheinland-Westfalen so entwickelt, wie es selbst der größte Optimist nicht zu hoffen wagte. Die Kollegen in Rheinland und Westfalen haben das erste Jahrzehnt, wie das fast überall im Reich geschehen, ihre Pflicht getan. Dies soll jedoch kein Grund sein, auf den Lorbeer auszuruhen, sondern mit noch größerem Eifer, mit noch mehr Optimismus und noch mehr Opferwilligkeit das neue Jahrzehnt beginnen, und gegen alle Widersacher dem nächsten Ziel — im Gesamtverband 10 000, in Rheinland und Westfalen dann 2000 — entgegen!

Geo.

## Was der Westen berichtet.

Hier, wo man nach Erz und Kohlen gräbt und wo Stahl und Eisen den beiden Provinzen seinen Stempel aufdrücken, wo das Eisenbahnnetz sich zu einem Knäuel zusammenballt und Tausende von Fabrikschlotten die Luft verpestet, war der Gartenbau jahrzehntlang das Stiefkind der öffentlichen Gewalten. Dieser Zustand teilte sich allen Branchen unsres Berufes mit und brachte gegenüber der Berufsangehörigen eine verhältnismäßig geringe Zahl von Berufsangehörigen mit sich. Mit der riesenhaften Entwicklung der zahlreichen Großstädte kam auch die Erkenntnis der begangenen Sünden. Der Gartengestalter, der Gärtner, kam im letzten Jahrzehnt immer mehr zu seinem Recht, und heute können wir behaupten, daß unser Beruf auf allen Gebieten in den beiden Industrieprovinzen riesenhafte Fortschritte macht.

Daß wir da Ursache haben, auf dem Posten zu sein, um auch den arbeitnehmenden Gärtnern ihren Anteil an den geschaffenen Mehrwerten zu sichern, liegt klar zutage; daß die Vorbedingung dazu eine festgefügte Organisation ist, wissen wir zur Genüge. Und heute an unserm 10-jährigen Jubiläum als freie Gewerkschafter wollen wir, rückwärts schauend, prüfen, was wir aus der Vergangenheit des letzten Jahrzehnts lernen können und auch, ob die geleistete Arbeit Früchte gezeitigt hat, ob unsre Entwicklung mit den andern Verhältnissen gleichen Schritt gehalten.

100 zu 1200, das ist in einer kurzen Zahl das Jahr 1903 dem jetzigen (1913) gegenübergestellt, wenn wir uns die Zahl unsrer Mitglieder im Gau Düsseldorf vergegenwärtigen. Keine 100 Mitglieder blieben uns nach der Urabstimmung im Herbst 1903 in Rheinland-Westfalen treu; nur ganz wenige Orte machten den Anschluß mit: der Löwenanteil des Bestehenden fiel den „Christlichen“ zu. Sichere Zahlen über die Mitgliederverhältnisse besitzen wir aus dieser Zeit nicht, einen Anhalt liefert uns aber das Jahr 1904. Am Schlusse desselben verfügten wir über folgende Mitgliedschaften: Barmen 34, Bonn 8, Dortmund 4, Düsseldorf 63, Iserlohn 6, Krefeld 2, Remscheid 8, Solingen 13, zusammen also 138 Mitglieder. — nach einjähriger erfolgreicher Tätigkeit, seit dem Anschlusse. Es sei hier gleich bemerkt, daß die Gegner des Anschlusses, besonders Franz Behrens, durch eine schlaue Taktik hinter den Kulissen, es verstanden hatten, die

folgenden Vereine für die Zersplitterung zu gewinnen und hauptsächlich mit diesen den „Deutschen (nationalen) Gärtner-Verband“ zu gründen: Coblenz, Bonn, Aachen, Köln, Duisburg, Essen, Geisenkirchen, Witten, Dortmund, Münster, Hagen und Lüdenscheid. Diese Vereine — mit ihren etwa 400 Mitgliedern und den gefüllten Ortskassen, neben der widerrechtlich angeeigneten Gaukasse von 170 Mk. — sicherten dem D. G. V. (neben der Gunst der Unternehmer) vor der Hand ein sicheres Fundament, und sie schufen uns einen Gegner, der mit den verschlagensten Mitteln uns beseitigen wollte. Was unsre Lage noch besonders schwierig machte, war die Verleumdung, wir seien nun mit einem Schlage die schlimmsten Sozialdemokraten geworden und arbeiteten an dem baldigen Ruin der Arbeitgeber und des Staates. Doch alle ihre Spekulationen haben den allerchristlichen Herrschaften nichts genutzt, wir haben sie trotzdem niedergehalten. Das wird damit bewiesen, daß ihr Generalisimus für Rheinland-Westfalen nach 10 Jahren nur berichten kann, daß ihre Mitgliederzahl bald die 400 erreicht hat. Was sind das doch für bescheidene Leute, daß sie sich darauf etwas einbilden.

Mutlosigkeit gab es damals, trotz des Dalles, beim Beginn unsrer Tätigkeit nicht; denn wir wußten, mit uns ist die gute und gerechte Sache, und die wird siegen! Unsre Hoffnung hat uns nicht betrogen, denn die ruhige aber stetige Entwicklung in der Mitgliederzahl im Gau hat uns Recht gegeben. Diese betrug im Jahresdurchschnitt:

Herbst 1903	etwa 100
1904	138
1905	234
1906	363
1907	443
1908	573
1909	600
1910	678
1911	826
1912	985
1913 (1. Juli)	1236

Bezeichnend ist hierbei, daß wir mit unserm Gau seit 1908 den gesamten D. G. V. überholt haben, dessen Mitgliederzahl jetzt 950 betragen soll.

Über die Mitgliederzahl des D. G. V. im Rheinland-Westfalen macht dessen Leitung aber keine bestimmten Angaben. Als auf einer Gauversammlung dieses Verbandes die Anstellung einer besoldeten Kraft für Rheinland-Westfalen begründet wurde, sagte (im Frühjahr 1907) Herr Bannier, daß ihre Zahl sich im Gau gegen das Vorjahr (1906), wo 103 Mitglieder vorhanden waren, um 300 % vermehrt habe. Im September 1913, wo nahe an 400 Mitglieder vorhanden sein sollen, schreibt die Gauleitung, daß ihre Zahl sich gegen das Vorjahr (1912) verdoppelt habe. Wenn wir diesen Angaben also Glauben schenken, bekommen wir folgende Mitgliederzahlen der Christlichen: Frühjahr 1906: 103, 1907: 309, Sommer 1912: zirka 190, Sommer 1913 zirka 400. Dazu lese man in den Berichten über die Gauversammlungen die fortwährenden Fortschritte von so und sovielen Prozent; dann kommt man als Mitglied dieser Organisation zu dem Schlusse: Eine Broschüre „Klarheit und Wahrheit“ über unsre eignen Verbandsverhältnisse wäre zur Aufklärung der Mitglieder notwendig, als die fortgesetzten Hetzblätter gegen den A. D. G. V.

Mit unserm Erstarken kam auch der Drang nach Besserstellung als Lohnarbeiter, schon 1905 wurden Ansätze dazu gemacht, die aber nur solche blieben und keine positiven Erfolge brachten. 1906 brachte uns den Remscheider Tarifvertrag neben der erfolgreichen Solinger Bewegung. 1907 Streik und Erfolg in Düsseldorf und Barmen. Dann folgen eine Reihe kleinerer und größerer Bewegungen, die sich zumteil im Abschluß von Tarifverträgen äußerten. Wir können sagen, daß das Prinzip des Handlungsgärtnerverbandes hier im Westen über den Haufen gerannt wurde, indem wir mit verschiedenen Ortsgruppen desselben Tarife von mehrjähriger Dauer abgeschlossen haben. Es ist unmöglich, die Erfolge dieser Bewegungen in Zahlen auszudrücken, aber eins steht dabei fest: daß die dargebrachten Opfer in Form von Verbandsbeiträgen Bagatellen sind im Vergleich zu dem Mehr, das der Verband durch seine gewerkschaftliche Tätigkeit herausholte.

Auch mit der inneren Festigung unsres Gaus können wir zufrieden sein; wenn auch noch hier und da über Kleinigkeiten die Interessen der Gesamtheit vergessen werden, so werden wir doch durch fortwährende Schulung auch diese Schwächen überwinden können. Hunderte Male wurden unsre Vertrauensleute und Agitatoren versteckt oder offen gemäßregelt, um sie kleinzukriegen. Ist den Gewaltmenschen das gelungen? Nein. Oft wurde auf den Verbandstagen der Handlungsgärtner

die Parole ausgegeben: „Stellt keine vom Allgemeinen ein.“ Hat man uns auerotten können? Nur hier und da vorübergehend; aber dadurch wurde nur unser Widerstand vergrößert, der Haß gegen Profitsucht und Herrenmoral in unsern Kollegenkreisen geschürt und durch unser Wachstum gefördert. An 200 Vertrauensleute bilden heute im Gau d. n. Kitt unter den Mitgliedern, sie sind das Fundament unsres Verbandes, an dem nicht zu rütteln ist.

Doch, — — — sind wir nun zufrieden? — Nein! Haben wir Ursache zur Unzufriedenheit? — — — Ja! — — Warum? Auch hier nur einige Zahlen, um die Lage zu beleuchten.

400, — — — 1200, — — — 1600.

Das sind drei Zahlen aus dem Organisationsleben unsres Berufes in Rheinland-Westfalen. Und was bedeuten sie? An 400 Mitglieder wollen die „Christlichen“ haben, diese gelten den Unternehmern als eine Schutztruppe ihrer Interessen, und es ist auf den Tagungen der Scharmacher in Breslau in diesem Jahre empfohlen worden, diesen Verband zu fördern, denn die Unternehmer haben an seinem Erstarken ein Interesse. Es ist dasselbe Zeugnis, was der Scharmacher Pilz in Leipzig schon 1903 in seinem Blatt „Der Handlungsgärtner“ dem D. G. V. ausstellte, als er gegründet worden war.

1600 Mitglieder hat der Verband der Handlungsgärtner Deutschlands in diesen beiden Provinzen. Dem können wir nur 1200 gewerkschaftlich organisierte Kollegen entgegenstellen. Wer da weiß, daß alle Lohnfragen letzten Endes Machtfragen sind, der wird begreifen, daß wir da noch in einem sehr mißlichen Verhältnis stehen.

Da heißt es, mit allen moralisch einwandfreien Mitteln unsre Sache weiterbringen, damit dieses Mißverhältnis aus der Welt geschafft wird! Da gilt es, je eher desto besser, die Kollegen zu uns heranzuholen, die noch außen stehen, und das sind in unserm Gau noch Tausende. Wer will da behaupten, das ginge nicht? Sind wir nicht in zehn Jahren von 100 auf 1200 gekommen? Waren die Schwierigkeiten, die hinter uns liegen, nicht größer als die, welche vor uns liegen? Handelt es sich nicht um Kollegen, die unter den mißlichsten Verhältnissen schmachten und die oft förmlich darauf warten, daß wir sie aus dem Sumpf herausholen? Sind sie nicht Fleisch von unserm Fleisch, die mit uns denken, fühlen und handeln werden, wenn wir sie es lehren? Waren wir früher nicht auch verstockt und wollten vom Verband nichts wissen? Und hat es nicht mehrmaliges Ansetzen bedurft, uns zu organisieren?

Also, es geht, die Massen zu gewinnen, und es geht umso schneller, je mehr es sind, die sich dieser Arbeit widmen. Etwas Mut und Ausdauer, etwas Idealismus und Opferfreudigkeit nur gehört dazu.

Aber, wozu reden wir denn so oft mit Begeisterung von den großen Vorkämpfern, von den ersten Pionieren in der Arbeiterbewegung und erbauen uns an deren Erfolgen? Da muß es doch einen jeden kribbeln, ihnen in etwas nachzuahmen, besonders wenn man weiß, daß es ohne die außenstehende Masse eine Gesundung unsrer Berufsverhältnisse nicht geben kann. Also heran ans Werk! Munition ist da, sie muß nur in vernünftiger Weise verbraucht werden.

Und hier im Westen herrscht das Großkapital, herrschen die Riesenunternehmer, die die wahnsinnigsten Mittel ergreifen und Millionen opfern, um die Arbeiterbewegung niederzuknüppeln. Man gründet Gelbe, fördert die Schwarz-Gelben und macht in „Wohlfahrt“. Das wird unsre Feinde im Unternehmerlager bald anstecken, sie werden von ihren großen Brüdern lernen, und wir können uns in den nächsten Jahren auf allerhand gefaßt machen. Aber nichts wird uns anfechten, wenn wir eine Macht sind, und dazu gehört, daß wir das Zusammengehörigkeitsgefühl pflegen, das uns zusammenschweißt für den wirtschaftlichen Kampf. Neuzeitliche Propheten haben gesagt, daß der Endkampf zwischen Kapital und Arbeit hier im Westen wird ausgekämpft werden. Das kann schon stimmen, und darum haben auch wir hier eine besondere Mission zu erfüllen. Darum reißt die Mutlosen mit fort, feuert die Unentschlossenen und uns noch Fernstehenden an, mit in die Front zu treten, um so für die Kämpfe gerüstet zu sein, die uns nicht erspart bleiben! Mögen Stürme und Schläppen kommen, mag man uns vorübergehend zurückwerfen, und mag der eine oder andre die Flinte ins Korn werfen, das soll uns alles nicht irre machen, denn die letzten zehn Jahre beweisen es:

Dem Mutigen gehört die Welt!

H. Link, Düsseldorf.

## Trotz alledem!

„Der Anschluß an die Generalkommission der G. D. ist das Grab des A. D. G. V.“ sagte der seinerzeitige Vorsitzende Bartel des Rhein-Maingaus vor zehn Jahren, und er schrieb in seinem Artikel zur Gewerkschaftsfrage: „Wir sind eins; jeder, der unsere geschlossene Masse verläßt, weil seine Meinung nun nicht durchgedrungen ist, der zeigt damit, daß er noch nicht genügend gewerkschaftlich geschult ist.“ Wie grundfalsch der erste Satz war und wie dieser durch die Entwicklung widerlegt worden ist, so richtig ist der andre. Aber der Schreiber dieser Sätze hat als einer der ersten bewiesen, daß er selbst „noch nicht gewerkschaftlich geschult“ war. Wie die damaligen Mitglieder über die Frage des Anschlusses an die Generalkommission dachten, geht ohne weiteres aus den Zahlen der Urabstimmung hervor, indem in den zum heutigen Gau Frankfurt gehörigen Orten 180 Stimmen für und nur 36 Stimmen gegen den Anschluß an die freien Gewerkschaften abgegeben wurden. Über 36 Mitglieder sind unsere Gegner im Gau bis heute noch nicht nennenswert, wenn überhaupt, hinausgekommen.

Und die Totgesagten? Sie leben, trotz aller Bekämpfung und Schikane, die von den verschiedensten Gegnern angewandt worden sind. Es seien nur einige Mitgliederzahlen aus dem Jahrzehnt genannt: Waren es im Jahre 1904 im Durchschnitt nur 292 Mitglieder, so musterten wir im Jahre 1908 bereits 482, und wir haben am Schlusse des 2. Quartals 1913 deren 691 zu verzeichnen.

Dieser Fortschritt war allerdings nur durch eine zähe Arbeit möglich, die an allen Orten im Gau geleistet worden ist. Allerdings sind auch die Kämpfe nicht ausgeblieben. Erinnerung sei nur an den ersten Kampf ohne Arbeitseinstellung im Jahre 1905 in Frankfurt a. M., der Erfolge auf der ganzen Linie zeitig hat, und heute bedauert noch mancher Kollege, daß man damals das Unternehmertum, das man allerdings in seiner heutigen brutalen Form damals noch nicht gekannt hat, nicht schärfer angegriffen hat. Denn schon 1907 beim nächsten Kampf in Frankfurt a. M. zeigte es sich, daß eine Harmonie zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht mehr besteht. Diese kann höchstens so lange aufrecht erhalten werden, wie sich die Kollegen als willenloses Werkzeug gebrauchen lassen, das man nach Belieben ausbeuten kann. Daß aber das Unternehmertum bereit ist, über „Leichen zu schreiten“, geht aus einem Ausspruch hervor, den der Oberscharfmacher Sinai im Jahre 1907 getan hat, er erklärte: „Ich bewillige erst, wenn ich dazu gezwungen werde.“ Kollegen, nehmt Euch dies zu Herzen! Freiwillig keinen Pfennig mehr Lohn und keine Minute weniger Arbeitszeit. Nur Kampf kann es sein, der uns eine bessere Zukunft verbürgt.

Ich will keinen Lobgesang auf die heutigen Verhältnisse im Gau anstimmen, es sieht in manchen Orten gegenüber andern Großstädten noch recht traurig aus; aber mußten wir erst nicht das Bedürfnis nach mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit, nach geistigem Wohlbefinden usw. wecken? Ist es nicht grade die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ der älteren Kollegen, die uns den Kampf erschwert? Hier gilt es, noch ein schweres Stück Kulturarbeit zu leisten.

Aber ungehindert darum können wir, in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse und der zahlreichen Feinde, die uns tagtäglich bekämpfen, mit der Entwicklung dennoch zufrieden sein. Als Beweis möge nur ein Vergleich der Löhne von vor zehn Jahren und jetzt dienen. Würden in Mannheim 1904 in der Landschaftsgärtnerei nur 32 bis 34 Pfg. die Stunde gezahlt, so sind es deren im Durchschnitt heute 50. Hat Schreiber dieses 1904 bei der Firma Friedrich Müller in Frankfurt a. M. noch für einen Wochenlohn von 16 Mk. ohne alles arbeiten müssen, so werden heute dort bereits bis 24 Mk. und darüber gezahlt. Aber bleibt nicht noch immer wieder die Frage zu beantworten: Langt dieser Lohn aus, um als Mensch unter Menschen leben zu können? Jeder ehrlichdenkende Kollege muß mit „Nein“ antworten.

Es ist noch ein weiter Weg bis zum siegreichen Ende des Klassenkampfes, viele Klippen sind noch zu umfahren, berg- und talwärts tumeln sich noch Dummheit und Niedertochtracht vor unsern Augen auf; der Feinde der modernen Arbeiterbewegung und vor allen Dingen der Gärtnerbewegung sind noch sehr viele. Aber die Mühe und Arbeit ist nicht umsonst, es wird vorwärts gehen auch in den nächsten Jahren. Noch einmal zehn Jahre freigerwerkschaftliche Gärtnerbewegung, und auch der Übermut des Unternehmertums und der traurige

Mut der mit unehrlichen Waffen kämpfenden Gegnern wird bald gebrochen sein. Eine bessere Zeit, die uns auch bitter nützt, wird anbrechen, wenn alle Kollegen sich einig sind.

„Die Fahne hoch, der Feind steht vor den Toren, Der Zeitenlauf ist ernst, der Pflichtenkreis weit. Wir haben heut aufs neue euch geschworen: Auf ewig stets geeint, für alle Zeit!“

H. Halle, Frankfurt a. M.

## AUS UNSERM BERUFE

**Altstadt** bei Geißlingen a. d. St. Ein sehr feiner Arbeitgeber ist Herr Chr. Keefler. Nach dreitägiger Beschäftigung entließ er einen Kollegen kündigungslös. Vor das Gerbergericht geladen, mußte er sich vergleichsweise zur Zahlung einer Entschädigung bequemen. Gleich nach der Gerichtsverhandlung setzte K. das Telefon in Bewegung, um sich mit dem jetzigen Arbeitgeber des Kollegen zu „verständigen“. Welcher Art die „Verständigung“ war, geht daraus hervor, daß sehr bald darauf die Kündigung des Kollegen durch den Arbeitgeber erfolgte. Wir sehen von der Kennzeichnung der Handlungsweise des Herrn Keefler ab aus dem Grunde, weil die Kennzeichnung nur möglich wäre, wenn wir gegen § 185 des StGB. verstoßen würden. —cht.

**Stuttgart.** Unternehmer wohl wollen. Wenn die Arbeiterschaft in Zeiten günstiger Geschäftslage, durch ihr organisatorisches Vorgehen, sich einige Pfennige Lohnerhöhung oder gar eine Verkürzung der Arbeitszeit erringt, dann schreit das Unternehmertum Zeter und Mordio. Findige Juristen und Wortfechter des Kapitalismus versuchen gar glaubhaft nachzuweisen, daß die Anwendung des äußersten Mittels, zur Durchsetzung von Forderungen -- der Streiks --, Erpressung bedeute und strafgesetzlich geahndet werden müsse. Und doch ist niemand rücksichtsloser und brutal konsequenter in der Wahrnehmung seiner wirtschaftlichen Interessen, als das Unternehmertum. Als treffliche Illustration für oben Gesagtes diene das Verhalten der Firma Berz & Schwede, Gartenarchitekten, hier.

Den in der Landschaftsgärtnerei gegenwärtig herrschenden schlechten Geschäftsgang nutzt genannte Firma aus, um allerlei Verschlechterungen durchzusetzen. So wird die tägliche Zulage, bei Verwendung von hiesigen Arbeitern zu auswärtigen Arbeiten, nicht mehr gezahlt. Ältere, längere Zeit im Geschäft tätige Kollegen müssen aussetzen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Das hindert aber genannte Firma nicht, zu gleicher Zeit wieder Neueinstellungen vorzunehmen. Gegenwärtig sucht Herr Berz wieder für eine auswärtige gärtnerische Neuanlage Arbeitskräfte. Das Fahrgeld zu dieser weit entfernt liegenden Arbeitsstelle weigert sich die Firma zu zahlen. Er solle „hinauf walzen“, sagte der Vertreter der Firma einem sich um Arbeit bemühenden Kollegen von uns.

Wir haben in diesem Vorgehen der Firma wieder einmal den Beweis, daß auf alle Arbeiterfreundlichkeit, die, wie mancher Unternehmer, so auch die Firma Berz & Schwede schon zur Schau getragen hat, gepfiffen ist. Wir sind deshalb über das Vorgehen der Firma nicht weiter moralisch entrüstet, sondern betrachten dieses nur als eine Aufforderung an uns, bei Gelegenheit gleiches mit gleichem zu vergelten.

August Albrecht, Stuttgart.

## AUSLAND

### Österreich.

#### Der Glaube macht selig.

Die Leitung des Österr. Privatgärtnerverbandes veröffentlicht in der Septembernummer ihrer Verbandszeitung einen Auszug aus ihren Stellenvermittlungspapieren, womit sie beweisen will, daß auch eine nichtgewerkschaftliche Organisation die Lohnverhältnisse bessern kann.

Nun bestreitet ja auch kein Gewerkschaftler, daß eine Besserung der Lohnverhältnisse auch ohne gewerkschaftliche Organisation in einzelnen Fällen möglich ist; aber diese Einzelfälle kommen gegenüber der Masse umsoweniger in Betracht, als die so erreichten Lohnerhöhungen von den betreffenden Arbeitgebern jederzeit wieder rückgängig gemacht werden können.

Die Aufgabe einer Arbeitnehmerorganisation besteht aber nicht darin, nur für einige wenige

Mitglieder eine vorübergehende Lohnerhöhung zu erbitten, sondern sie hat die Lage der Allgemeinheit zu verbessern. Diese Aufgabe kann aber nur eine Organisation erfüllen, die instand ist, auch dort Verbesserungen durchzusetzen, wo der gute Wille der Arbeitgeber fehlt.

Die Leitung des Privatgärtnerverbandes will aber bei den Arbeitgebern eingeständenermaßen nicht „anstoßen“. Mit andern Worten: Wo der Arbeitgeber nicht freiwillig den Lohn verbessert, dort ist auch der Privatgärtnerverband mit seinem Latein zuende. — Es wäre also gegen die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation auch dann nichts bewiesen, wenn der veröffentlichte Protokollauszug, der über Lohnverbesserungen in 37 Fällen berichtet, wirklich als Beweis für die angeführten Verbesserungen angesehen werden könnte; d.h. wenn es möglich wäre, die darin enthaltenen Angaben auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Diese Möglichkeit besteht aber nicht, da keine Adressen angegeben sind.

Die Leitung des Privatgärtnerverbandes scheint also bei den Verbandsmitgliedern blinden Glauben vorauszusetzen.

Wir wissen zwar nicht, ob damit die Verbandsleitung ihre Mitglieder richtig einschätzt; aber eines wissen wir: Die Mitglieder einer gewerkschaftlichen Organisation würden sich bei allem Vertrauen zu ihren Funktionären mit derartigen „Beweisen“ nicht zufriedener geben; es ist auch noch niemals vorgekommen, daß in einem Gewerkschaftsblatt über erfolgreiche Lohnbewegungen und sonstige, mit Hilfe der Organisation erreichte Verbesserungen ohne genaue Angabe des Namens und der Adressen der betreffenden Arbeitgeber berichtet worden wäre.

Aber ob die Verbandsleitung des Ö.P.G.V. ihre Mitglieder richtig einschätzt oder nicht; Sicher ist, daß sich nur jene Mitglieder in diesem Verbande glücklich fühlen können, die von einem durch keinerlei Verstandesfähigkeit erschütterten Glauben erfüllt sind; an ihnen bewahrheitet sich also im vollsten Sinne wieder einmal das Sprichwort: „Der Glaube macht selig.“

## BEKANNTMACHUNGEN

— Vom 19. Oktober 1913 bis 25. Oktober 1913 ist der Beitrag für die 43. Woche fällig.

— Berlin. Ortsverwaltung, Bezirk Charlottenburg, Kassierer ist jetzt Thomas Tkocz, Charlottenburg, Marchstr. 24, Quergeb., I.

— Breslau. Ab 19. Oktober ist die Adresse des Kassierers Koll. Stenzel: Breslau XIII, Göthestraße 42/44.

— Gau Frankfurt a. M. Anstelle des Referenten Kollegen Link in den Agitationsversammlungen tritt der Kollege Walter Kwasnik, Berlin.

— Hamburg, Landschaftsbranche. Die Arbeitszeit beträgt bis 31. Oktober 9 1/2 Stunde, vom 1. bis 15. November 8 1/2 Stunde (von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags), ab 16. November gelten die bisherigen Bestimmungen des Tarifs.

— Magdeburg. Die Adresse des Vorsitzenden, Koll. A. Gast, ist jetzt: Leipzigerstr. 31, II.

— Mannheim. Die Adresse der im neuen Adressenverzeichnis nicht aufgeführten Zahlstelle Heidelberg lautet: Gottlieb Angerbauer, Heidelberg, Kronprinzenstr. 45, daselbst Stellennachweis und Auszahlung von Unterstützungen. Die Adresse des Kassierers der Zahlstelle Speyer ist jetzt: Jakob Schmitt, St. Klara-Kloster. Weiter wird auf die öffentlichen Versammlungen hingewiesen, die am 21. Oktober in Speyer, am 22. Oktober in Heidelberg, am 23. Oktober in Mannheim stattfinden mit dem Referenten Koll. Kwasnik-Berlin.

— Solingen. Die Adresse des Kassierers, Koll. Paul Rieß, ist Kaiserstr. 67, III.

### Sterbetafel.

Am 1. Oktober verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser wertiges Mitglied  
**Joh. Sobkowiack**  
 im blühenden Alter von 20 Jahren.  
 Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren.

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein,  
 Gau Düsseldorf.

## VEREINSFESTE

— Herne-Bochum. Sonnabend, den 25. Oktober, Herbstfest im Lokal: Bürgergesellschaft (weißer Saal), Bochim.

